

Bezugspreis:

Beitrag: 30. — M. monatlich, 10. — M. vierteljährlich, 30. — M. halbjährlich, 60. — M. jährlich. Einmalige Beiträge: 10. — M. für 3 Monate, 20. — M. für 6 Monate, 40. — M. für 1 Jahr. Ausland: 50. — M. jährlich. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Die Beiträge sind an den Verleger zu zahlen. Die Beiträge sind an den Verleger zu zahlen. Die Beiträge sind an den Verleger zu zahlen.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Kitzgarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95—97
Expedition Moritzplatz 117 53—54

Samstag, den 30. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 117 53—54

Anzeigenpreis:

Die abgelaufenen Kontrakte werden
für 1.20 M. „Kleine Anzeigen“
das betriebsweise Wort 1.50 M. (zu-
lässig zwei betriebsweise Worte), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellungs- und
Schlafstellenanzeigen aus 100
Wort 1. — M. jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 10 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Pf. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erweiterungsgebühr.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Lösung der Truppentransportfrage.

Nach einer amtlichen Meldung der Agence Havas ist nunmehr ein Einvernehmen zwischen den Alliierten über die Schritte, die man in der oberschlesischen Frage zu unternehmen gedenkt, erzielt worden. Zunächst wird man die deutsche Regierung davon unterrichten, daß sie sich auf Truppentransporte nach Oberschlesien vorzubereiten habe. Dann tritt der Oberste Rat zusammen, um sich über die Frage der Truppenverstärkungen klar zu werden, und dann endlich will man an die eigentliche Aufgabe, die Lösung des oberschlesischen Problems gehen. Deutschland kann der Aufforderung der Alliierten mit Ruhe entgegensehen. Die Reichsregierung hat von vornherein erklärt, daß sie in dieser Frage Beschlüsse der Gesamtentente als bindend betrachte. Sie hat ihren Willen zur friedlichen Lösung des von Frankreich etwas voreilig herausbeschworenen Konflikts ausdrücklich noch einmal der französischen Botschaft in Berlin versichern lassen. Schwierigkeiten von deutscher Seite sind also nicht im entferntesten zu befürchten, wie ja überhaupt Deutschland gar kein Interesse daran hat, die oberschlesische Frage noch mehr zu komplizieren und weiter zu verschleppen.

Die Schwierigkeiten beginnen erst auf der Tagung des Obersten Rates bei Besprechung der zu entsendenden Verstärkungen. Hier haben sich die Vertragsmächte im voraus festgelegt. England macht kein Hehl daraus, daß es eine Verdrückung des oberschlesischen Besatzungscontingents für eine Torheit hält, und die Erklärung des italienischen Außenministers über die französische Forderung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Während also England und Italien von der Notwendigkeit der Verstärkungen sich nicht überzeugen können, hält Frankreich mit der seiner Nachkriegspolitik eigenen Unbeweglichkeit an der Verstärkungsdivision fest. Der nach der Donnerstagssitzung des französischen Ministerrats veröffentlichte Lagebericht mit seiner offenen Drohung, der Allianz gegebenenfalls den Rücken zu kehren, war eine schwere Belastungsprobe für die Entente. Aber es scheint, daß nachträglich doch noch ein Einvernehmen hergestellt werden konnte. Vielleicht greift man auf der ersten Sitzung des Obersten Rates auf den Kompromißvorschlag der englischen und italienischen Kommission zurück, der die oberschlesischen Außendistrikte vorläufig Deutschland und Polen überläßt, während die im Industriebezirk zusammengezogenen Besatzungstruppen eine Verstärkung erübrigen. Nochmalige Verzögerungsversuche von französischer Seite müßten gegebenenfalls den denkbar schlechtesten Einfluß auf die an und für sich sehr gespannte Lage ausüben.

Während für Deutschland alles darauf ankommt, die Nerven zu behalten, hat die „Deutsche Tageszeitung“, der außenpolitisch im übrigen kein größeres Gewicht beizulegen ist, nichts Eiligeres zu tun, als sie zu verlieren. In einer aufgeregten Morgennummer glaubt dieses frühere Organ der Geheimdiplomaten Sturm gegen die angebliche Geheimpolitik der Reichsregierung laufen zu müssen, weil sie den oben erwähnten Schritt bei der französischen Botschaft, der Eulen nach Athen trug, nicht gleich in alle Welt hinausposaunte, während der „Temps“ von dem deutschen Entgegenkommen bereits Kenntnis erhalten hat. Weiter greift die „Deutsche Tageszeitung“ den Aufruf der deutschen Regierung, ruhig Blut zu bewahren, in geschäftlicher Weise an und glaubt daraus eine Bankrotterklärung der deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage herleiten zu können. Wenn das Blatt Frankreich Handlangerdienste leisten wollte, es hätte das nicht geschickter anstellen können.

Frankreich droht.

Paris, 30. Juli. (WTB.) Wie „Petit Parisien“ mitteilt, hat der französische Ministerrat am Donnerstag vormittag unter Vorsitz des Präsidenten Millerand den Entschluß der französischen Regierung in bezug auf Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien bestätigt. Frankreich vertrete den Standpunkt, daß es in dieser Frage um so weniger nachgeben könne, als es sich durch zwei diplomatische Schritte bei der deutschen Regierung gebunden habe. Ehe die französische Regierung auf eine Wahnahme verzichte, die sie für unerlässlich halte, schneide sie, wenn möglich, unter ihrer eigenen Verantwortung handeln zu wollen.

Amerika neutral.

Paris, 30. Juli. (WTB.) „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, es sei endgültig bekannt geworden, daß Amerika nicht den Wunsch geäußert habe, die Schiedsrichterrolle in der oberschlesischen Frage zu übernehmen. Botschafter Harves werde der Sitzung des Obersten Rates nur als Beobachter beizukommen.

Auf dem Wege zur Einigung.

Paris, 30. Juli. (WTB.) Havas meldet: Briand hatte gestern Abend eine Besprechung mit Lord Hardinge und teilte ihm den Standpunkt der französischen Regierung nach Empfang der englischen Antwort mit. Briand wird heute Lord Hardinge eine Note überreichen, in der die verschiedenen Stufen der Unterhandlungen über die oberschlesische Frage nochmals zusammenfassend wiedergegeben werden und worin eine Antwort auf die hauptsächlichsten Ausführungen der britischen Delegation gegeben wird. Dieser Rückblick auf die bisherigen Ereignisse erscheint jedoch ziemlich nebenächlich.

Die Hauptsache ist die Frage: welche Politik werden Frankreich und Großbritannien in der oberschlesischen Frage nunmehr einschlagen? Das eine ist wohl sicher, daß sie beide von der Notwendigkeit überzeugt sind, die Solidarität der Verbandsmächte aufrecht zu erhalten. Deutschland erklärt, nach dem Wortlaut des Friedensvertrages könne die Entsendung von Verstärkungen nicht erfolgen, wenn sich die Verbandsmächte vorher nicht verständigt haben. Frankreich kann, so erklärt Havas weiter, nicht zugeben, daß die deutsche Reichsregierung den Versuch macht, es auf diesem Wege von seinen Verbänden zu isolieren. Es ist das eine Frage der nationalen Würde. Es ist daher unbedingt geboten, Deutschland einen neuen Beweis von der Einheit der französisch-englischen Haltung zu geben. Der vernünftigste Weg würde darin bestehen, daß noch vor Zusammenkunft des Obersten Rates ein gemeinsamer Schritt in Berlin erfolgen würde, durch den die Reichsregierung aufgefordert würde, jetzt schon die Maßnahmen zur Verstärkung der französischen oder sonstigen Verbandstruppen als Verstärkungen für Oberschlesien zu ergreifen.

Sobald würde der Oberste Rat in seiner Sitzung diese Frage der Verstärkungen erörtern, und erst nach Abschluß dieser Frage würde man an die eigentlichen sachlichen Besprechungen über die Teilung Oberschlesiens herangehen. Dieses Verfahren ist anscheinend auf beiden Seiten des Kanals angenommen worden.

England warnt.

Paris, 29. Juli. (WTB.) Havas meldet aus London: Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Note, die gestern Abend von der britischen Regierung an Frankreich gesandt wurde, ein in verständlichem, aber gleichzeitig energischem Ton gehaltenes Schriftstück von ungefähr 12 Seiten Kanzleiformat.

Der erste Teil ist einer Prüfung der Tatsachen gewidmet, die von der französischen Regierung vorgebracht wurden, und wiederholt in klarer Form die Ereignisse, die seit der Ueberreichung der französischen Note an Deutschland am 16. Juli ohne vorhergehende Verständigung mit den Alliierten sich abgespielt haben. Das sei das erste Anzeichen eines Auseinandergehens der Politik der Zusammenarbeit gewesen, die bisher befolgt wurde.

Die Note bringt sodann das Ersauern zum Ausdruck, das die britische Regierung bei der Änderung der Haltung der französischen Regierung empfand, die in den ersten Tagen der Woche sich von dem Grundsatz der Zusammenarbeit entfernte, auf den Lord Curzon und der französische Botschafter dringend hingewiesen und worüber sie sich verständigt hatten. Die Note erinnert die französische Regierung daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenschritt im April letzten Jahres Millerand die endgültige Zustimmung gab, daß die französische Regierung keine selbständigen Maßnahmen über Fragen ergreifen würde, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten berühren. Die Note drückt dann die Enttäuschung aus, die nicht nur durch die offensichtliche Abkehr der französischen Regierung, von dem damals angenommenen Grundsatz abzuweichen, hervorgerufen wurde, sondern auch durch den offensichtlich unfreundlichen Ton der Mitteilung der französischen Regierung vom letzten Mittwoch. Es widerspricht der britischen Regierung zu glauben, daß ein solcher Ton auch unfreundliche Absichten seitens der französischen Regierung einschließt.

Alles, was Großbritannien verlangt, ist eine Allianz, die durch die schrecklichen Opfer der Alliierten zusammengefaßt wurde und die auf der gleichen Grundlage gegenseitigen Vertrauens weiter bestehen bleibt. Die Note fügt hinzu, daß Großbritannien, um zu diesem Ziele zu kommen, der französischen Regierung schon viele Zugeständnisse gemacht habe und bereit sei, solche auch weiterhin zu machen. Was aber den Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung der Alliierten in Oberschlesien und andere Fragen, die die Friedensverträge berühren, anbetrifft, so ist es Großbritannien durchaus unmöglich, Maßnahmen zuzulassen, die unvermeidlich die Grundlage der Allianz erschüttern können. Die britische Regierung fühlt sich verpflichtet anzufügen, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten ihr geben will, denn solange die Frage nicht geklärt ist, sei es schwierig zu sehen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Alliierten fortgesetzt werden könne.

Italien gegen Verstärkung.

Rom, 30. Juli. (EP.) Im Kommerciauschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte am Freitag der Minister des Auswärtigen della Toretta auf die Frage eines Abgeordneten, ob Italien zur Entsendung neuer italienischer Truppen nach Oberschlesien seine Zustimmung gebe; er habe gegenüber einem verbündeten Staat die Entsendung italienischer Truppen bereits abgelehnt und widersehe sich auch der Entsendung neuer französischer Truppen. Italien wünsche, daß ein so ernster Beschluß im Einvernehmen mit allen anderen Alliierten im Obersten Rat gefaßt werde. Schon jetzt nähmen die französischen Truppen in Oberschlesien eine Vorzugsstellung ein, da Frankreich in Oberschlesien über mehr Truppen verfüge als Italien und England zusammen. Marchese della Toretta versicherte der Kommission, die italienische Regierung interessiere sich lebhaft für die oberschlesische Frage im besonderen und die politische Neugestaltung Zentral-europas überhaupt. Es lasse sich dabei von realistischen Grundätzen leiten und sei entschlossen, vor allem die eigenen Interessen zu wahren.

Kommunistengesetz in Jugoslawien.

Belgrad, 30. Juli. (WTB.) Der Gesetzausschuß der Nationalversammlung hat mit größerer Mehrheit den Gesetzentwurf betreffend den Schutz des Staates angenommen. Gegen die Annahme stimmten die Kommunisten, die Republikaner und ein Teil der Agrarier. Die Sozialisten (?) entzogen sich bei der Abstimmung aus dem Saale. (?) Der Gesetzentwurf sieht u. a. die Aufhebung der kommunistischen Partei vor. Jede kommunistische, anarchistische oder terroristische Propaganda sowie jede Aktion, die eine gewalttätige Änderung der Staatsform beabsichtigt oder eine Minderwirkung bei einem solchen Umsturz versucht, wird mit dem Tode, die weniger schweren Fälle werden mit 20 Jahren schwerem Kerker bestraft.

Graz, 30. Juli. (WTB.) Die „Graz Tagespost“ meldet aus Belgrad: Nachdem alle 58 Mandate der kommunistischen Abgeordneten für nichtig erklärt worden sind, werden bereits die Vorbereitungen für die Ersatzwahlen getroffen. Die Kommunisten werden von allen öffentlichen Ämtern und den Gemeinderäten ausgeschlossen. Alle Beamten, die in der kommunistischen Partei organisiert sind, werden aus dem Staatsdienst entlassen.

Das fast ganz agrarische Jugoslawien hat eine noch junge Arbeiterbewegung, die sich in recht stürmischen Formen äußert. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß solche Bewegungen desto radikaler auftreten, je weiter sie von ihrem Ziele entfernt sind und je weniger von der Ausnutzung gegebener gesetzlicher Möglichkeiten für ihren Fortschritt zunächst zu erwarten ist. Dies und die Enge der pan-slawistischen Beziehungen zu Rußland wurde die Ursache davon, daß die jugoslawische Arbeiterbewegung ins kommunistische Fahrwasser geriet.

Es ist ein weiteres Zeichen der inneren Schwäche jener Bewegung, daß sie in der letzten Zeit in Akte des individuellen Terrors ausartete. Das mißlungene Attentat auf den Prinzregenten, die Ermordung des Ministers Draskowitsch, und der noch in Dunkel gehüllte Anschlag auf Paschitsch gehören zu ihnen. Da aber die kommunistische Internationale den individuellen Terror mißbilligt, ist es unwahrscheinlich, daß die kommunistische Partei Serbiens als Ganzes hinter jenen Attentaten steht. Sicher ist, daß das soeben beschlossene Gesetz nicht nur die Anhänger des individuellen Terrors, sondern auch dessen Gegner im kommunistischen Lager trifft.

Welch große, unheilvolle Rolle der politische Mord in der Geschichte des jugoslawischen Stammstaates Serbien spielt, weiß jedermann. Durch die Abschichtung des Königs Alexander und seiner Gattin kam die gegenwärtige Dynastie auf den Thron. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Frau am 29. Juni 1914 in Sarajewo wurde zum Ausgangspunkt des Weltkriegs. Jene Kommunisten, die den politischen Mord zu ihrem Mittel erkoren haben, können sich also auf berühmte Vorbilder ihrer vaterländischen Geschichte berufen.

Jetzt freilich, wo der politische Mord nicht mehr für sie, sondern gegen sie wirkt, sind die jugoslawischen Machthaber so sehr seine leidenschaftlichen Gegner geworden, daß sie sich nicht mehr mit der gesetzlichen Abwehr des Verbrechens selbst begnügen, sie haben selbst eine ganze Partei außer Gesetz und Recht gestellt und gegen die Anhänger einer Ueberzeugung ein barbarisches Gewaltregiment aufgerichtet, das ihnen selbst zur tiefsten Schande gereicht. Ein Staat, in dem solche Gesetze beschlossen und ausgeführt werden, hat auf den Namen eines Kulturstaats keinen Anspruch.

Frage, die in Thüringen infolge des Rücktritts der Regierung entstanden ist, ist noch immer nicht völlig für unsere Genossen im Landtag stehen dem Gedanken Lösung mit großer Sympathie gegenüber, während die unter Assistenz der Demokraten, wie schon erwähnt, für Weiterberatung und Verabschiedung des Befoldungsgesetzes eintrat. Der Abgeordnete Höfer ergründete mit besonderem Nachdruck die Durchführung der Befoldungsordnung; die Linke, die diesen Gedanken sofort erkannte, deckte durch Zwischenrufe den Absichten der Rücktrittler auf.

Wenn der Thüringische Landbund, der die reaktionsären Gruppen unter besonderer Berücksichtigung des Großagrarierthums in sich vereint, in einer Zuschrift an die „Deutsche Zeitung“ schon jetzt davon spricht, man dürfe auf der Ablehnung der Grundsteuer durch die Rechtsparteien nicht auf ihre Steuererhöhungen schließen, so spricht hieraus mit ungewollter Deutlichkeit das böse Gewissen, da dieses allerdings nur zu berechtigtem Argument bisher noch mit keinem Worte von einem Vertreter der Linksparteien ins Feld geführt wurde. Der Landbund betont weiter, er habe sich — wenn auch nur schweren Herzens — der Nothwendigkeit einer Grundsteuer nicht verschlossen, jedoch habe er sich der Auffassung der Staatsregierung auf Ansetzung des gemeinen Wertes als Veranlagungsmaßstabes bei der Grundsteuer nicht anschließen können, vielmehr hätte seiner Auffassung nach der Ertragswert zugrunde gelegt werden müssen. In Wirklichkeit ist diese Begründung eine nur zu durchsichtige Ausrede, um die Tatsache zu bemänteln, daß die Rechtsparteien eine Steuer ablehnten, die den Reichen in kräftiger Weise erfährt hätte.

Wie uns kurz vor Redaktionschluss aus Weimar gebrähtet wird, kam in der heutigen Sitzung, nachdem am Donnerstag die Thüringer Emsregierung zurückgetreten war, der Antrag der Unabhängigen auf Auflösung des Landtages zur Abstimmung. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde der Antrag einstimmig angenommen. Zur allergrößten Ueberraschung und unter Hochglächter der Linken stimmte die gesamte Rechte dem Antrage zu. Der Untersuchungsausschuss in Sachen Mäiler-Brandenburg tagt ebenfalls nicht mehr.

Tote: Preußen 1397 326, Bayern 168 718, Sachsen 128 708, Württemberg 74 227; dazu die Verluste der Marine mit 34 225 und der Schutztruppen mit 1 183, insgesamt 1 799 368. **Tote** Verwundet wurden im ganzen 4 246 874 nachgewiesen. Diese Zahlen sind noch nicht endgültig, da die Feststellung der Verluste noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahl der Vermissten wird augenblicklich auf ungefähr 200 000 geschätzt. Sie ändert sich dauernd im Verlauf der Nachforschungsarbeiten und wird erst nach deren Abschluß endgültig und genau angegeben werden können.

Von einem Angehörigen der Reichswehr geht uns folgendes beherzigenswertes Schreiben zu:

Und doch sollte es heute ganz anders sein! Unter der wilhelminischen Vexa hatten wir zwar dem Worte nach ein „Volksheer“, in Wirklichkeit aber wurde die Truppe im Dienst einseitig reaktionärer Bestrebungen verwendet, um sie nötigenfalls gegen den „inneren Feind“ zu verwenden. In diesem Zusammenhang wird sich jeder an das „berühmt“ gewordene Wort Wilhelm's II. erinnern, wonach der Soldat auf Befehl aus Vater und Mutter schießen mußte. Im Krieg wie im Frieden hatte der Soldat nur Pflichten, denen jedoch keine Rechte gegenüberstanden. Der Drill von oben sorgte dafür, die Mitglieder des Volksheeres zu einer willenlosen, in den Händen ihrer Führer gefügigen Masse zu machen.

Doch auch für die Zivilbevölkerung entstehen der Reichswehr gegenüber Pflichten. Sie darf sich durch den Hinweis, daß wir „nur noch ein Söldnerheer haben, in eine einseitige Kampfstellung gegen die Reichswehr treiben lassen, sondern sie muß ihrerseits darauf hinwirken, den demokratisch-republikanischen Geist der Truppe zu stärken und verfassungsfeindliche Elemente zu beseitigen. Dies kann sie am leichtesten, da sich ja das Heer nicht mehr aus dem allgemeinen Dienstzwang rekrutiert, sondern durch freiwilligen Beitritt gebildet wird. Je mehr die Reichswehr aus Leuten gebildet wird, die ehrlich entschlossen sind, eine Wehr für das Reich zu bilden, um so schneller werden die Mißstände beseitigt werden, die noch heute zwischen Truppe und Bevölkerung eine unüberleibbare Schranke zu bilden scheinen.

Unablässige, scharfe Kritik an Mißständen in der Reichswehr ist notwendig; sie darf jedoch nicht einseitig geführt werden, da dies zu einer Verbitterung statt zu einer Klärung führt. Die Reichswehr selbst Sorge aber dafür, daß die Anlässe zur Kritik mehr und mehr aus ihr verschwinden; sie sei stets der Tatsache eingedenk, daß sie selbst in ihrer großen Mehrheit sich aus den breiten Massen des werktätigen Volkes rekrutiert, und sie helfe die allgemeine Ueberzeugung stärken, daß auch die Soldaten der Reichswehr Söhne des Volkes sind.

Trossast, der italienische Botschafter in Berlin, ist in Rom eingetroffen. Er hatte eine lange Unterredung mit dem Minister des Aeußern, Della Torretta.

Keine Gefährdung der Ernte.

Die Vertreter der Landesregierungen und die Vertreter der Landwirtschaft gaben einstimmig dem Wunsche Ausdruck, daß die im Juni zugelassene teilweise Ausfuhr von Veffuchen aus ausländischen Staaten im Hinblick auf die in den letzten Wochen eingetretenen Futternot baldigst gesperrt werde. Zum mindesten müsse diese Regelung einer sofortigen Nachprüfung unterzogen werden, um wie bisher den Viehhaltern zu ermöglichen, sich die Futter- und Streuvorräte der öffentlichen und privaten Wäldungen wie in den Kriegsjahren zunutze zu machen. Weiter soll die Bekanntmachung über Streu-, Heide- und Weidenutzung vom 13. 4. 1916 aufrecht erhalten bleiben, wonach die Besitzer von Forsten und anderen nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde verpflichtet sind, die Bergung von Futter- und Streumaterial jeder Art und das Weiden von Vieh zu gestatten. Als besonders wirksames Mittel zu einer baldigen besseren Futterversorgung der Viehhaltungen der gefährdeten Gebiete wurde von den Vertretern der Landesregierungen in voller Uebereinstimmung mit der Landwirtschaft und dem Futtermittelhandel die Einführung von Notstandstarifen für Futter- und Streumittel bezeichnet. Von der Regierung wurde die unverzügliche Entscheidung über die einzelnen Anträge und Wünsche zugefugt.

Von entscheidender Wichtigkeit scheint uns zu sein, da nicht nur die Ausfuhr von Futtermitteln, sondern jede Ausfuhr von Brotgetreide verhindert wird. Es machen sich schon wieder sehr eifrige Bestrebungen bemerkbar, deutsches Brotgetreide nach dem Ausland gewinnbringend zu verkaufen.

deren völlig zuverlässigen Gewährsleuten

Einer unserer Genossen hing in den Räumen der Pensionsabteilung des ehemaligen Heeres ein Plakat „Wie wieder Krieg“ auf, das zu den pazifistischen Kundgebungen für morgen auffordert. Sofort bildete sich um das Plakat eine Gruppe erregt diskutierender Offiziere, und nach wenigen Minuten wurde unseren Gewährsleuten mitgeteilt, daß das Plakat abgerissen sei. Er konnte sofort festgestellt werden, daß dies der Geheimhe Kanzleidiener Müller getan hatte. Zur Rede gestellt, erklärte dieser, er habe auf Befehl gehandelt. Einer unserer Genossen begab sich nunmehr in die Dienststelle, um bei Oberstleutnant v. Müller eine Beschwerde einzulegen. Nach Rücksprache mit dem Geh. Kriegsgerichtsrath Grall bemerkte dieser das Ansehen von Plakaten sei grundsätzlich nicht zu billigen.

Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß hegerische Plakate unreifer Halbkreuzjünglinge von der Dienststelle

Erinnerung eines alten Parteigenossen.

Nach den Attentaten auf Wilhelm I., im Sommer 1878, wurde der Reichstag aufgelöst, die Neuwahl auf den 30. Juli angesetzt und eine wütende Hege gegen die Sozialdemokratie eröffnet, der man bekanntlich mit Unrecht die Schuld an den Verbrechen zuschrieb. Unter den Verfolgungen hatten auch wir jungen Studenten zu leiden, die wir uns mit Begeisterung der Arbeiterbewegung angeschlossen hatten. Wir hielten aber meist tapfer aus und nahmen wahr, daß die Genossen mutig in den Wahlkampf gingen, trotzdem ihnen die Maitation fast völlig unterbunden war.

Alle Blicke richteten sich auf den kleinen, mageren Mann, mit dem blassen, ausdrucksvollen Gesicht, den lichtblauen Augen und der hellbraunen Rundborste. „Tusch!“ riefen viele, und so ließ die Musik einen solchen ertönen. Bebel trat an den Rand der Tribüne, und neigte sich und hielt mit seiner heißen, klaren Stimme, bei der auch

die damals noch ziemlich starke Dialektführung nicht störend wirkte, eine kurze, kernige Ansprache, der wir atemlos lauschten. Er kennzeichnete die Sachlage in ihrer ganzen Tiefe, hob hervor, mit wie unzähligen Schwierigkeiten und Gefahren unsere Partei im Wahlkampf zu tun hatte, lobte ihre tapfere Haltung und ihren Opfermut und sprach die Zuversicht aus, dieselbe würde sich weiter bewähren in den schweren Tagen, denen wir jetzt offenbar entgegen gingen. Er gab dabei zu verstehen, da her mit dem Zustandekommen eines Sozialistengesetzes rechnet.

Mit stürmischem Beifall nahmen wir seine Worte auf. Als die Musik die Marseillaise spielte, sangen wir begeistert Audors Dichtung. Bald kam die Nachricht, der Leipziger Landreiß sei tödlich verloren gegangen, und wenig konnte es uns trösten, daß dort unsere Stimmenzahl gemachlen war. Wotteler ergriff dazu das Wort, wies auf die niederträchtigen Wahlbeeinflussungen hin und erklärte, Dieses Wahl würde unbedingt angefochten werden. Auch Berlin VI und andere wertvolle Kreise waren verloren gegangen. Nur zwei Siege wurden gemeldet, nämlich Dieblich in Stolberg-Schneberg und Brade in Glauchau-Meerane.

Als die Bellzeit stunde nahte, brachten wir noch ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus und verließen das Lokal ernst und schweigend mit dem Gefühle, daß uns viel Schweres bevorstand, aber auch mit dem Vorfasse, der großen Sache, der wir uns geweiht hatten, unerschütterlich treu zu bleiben. Und wahrlich — wir haben Wort gehalten!

Zu Martih's Tode. Mit Ferdinand v. Martih, der dieser Tag im Alter von 83 Jahren in Berlin starb, ist der Senior der deutschen Völkerrechtswissenschaft dahingegangen. Martih kam im Jahre 1808 nach Berlin und galt besonders als Ratgeber der wilhelminischen Regierung. Vor 15 Jahren gab er in der „Kultus der Gegenwart“ eine knapp zusammenfassende Darstellung des gegenwärtigen Völkerrechts; sein Hauptwerk ist die „Internationale Rechtshilfe in Strafsachen“. Martih war der typische Vertreter der konservativen Richtung in der deutschen Völkerrechtswissenschaft, die durch ihre Ablehnung jeglicher pazifistischen Gedankengänge wesentlich dazu beigetragen hat, den deutschen Militarismus und seinen Expansionsdrang im Ausland verheißt zu machen. Als Vertreter auf den Haager Konferenzen arbeitete er völlig in diesem Geiste und schädete durch scharfe Ablehnung des internationalen Schiedsgedankens der deutschen Sache außerordentlich. Seine Schüler rühmen die große Lehrgabe des Verstorbenen und die Ebenbürtigkeit seines Vortrages.

Das Paradies der Hundstage, die größte Eishöhle der Welt, ist leider ziemlich weit vom schwindenden Berlin entfernt. Sie liegt in der Nähe Salzburgs im Tannengebirge. Erst in jüngster Zeit von einigen Mitgliedern des Vereins für Höhlenkunde in Salzburg erforscht, ist sie bereits dem Besuche zugänglich gemacht. Schon der 20 Meter große Eingang der Eislefenswelt, in 1600 Meter Seehöhe, läßt den Besucher die Mächtigkeit des einstigen unterirdischen Flußlaufes ahnen, der die Höhlengänge zur T

härtezeit bildete. Jetzt deckt ewiges Eis, mehrere Meter stark, den Boden der Höhle und reicht als der größte bekannte Unterweitsgletscher ohne Unterbrechung bis 1000 Meter weit in das Berginnere.

Eisfiguren, wie die Riesen der nordischen Eddasage starren aus dem ewigen Dunkel dem Besucher entgegen, und ganz einsigartig und abwechslungsreich ist die lange Wanderung über herabstürzende Eismälle. Vorbei an dem rätselhaften Sturmsee mit seinen über das Eis brausenden Wellen geht es längs hohen Eismauern, die ein Fjalar trönt, zum Abstieg in den Rördomb. Dunkel gähnen hier die feistlichen Eingänge in das Eisiabrinth, metzeifernd mit der märchenhaften Schönheit des anschließenden Eispalastes, eines Eissees von 80 Meter Länge, der von zur Decke emporstrebenden Eis-terassen flankiert wird. Im Scheine der Acetylenlampen und des Wagnessiumlichtes glaubt man in einem Zauberreich zu wandeln. Am Ende des geschlossenen Eises kehrt der Tourist gewöhnlich um, doch führt ein ungeheures Labyrinth meist eisfreier Gänge, von denen bis jetzt 21 Kilometer Länge erforscht sind, noch viel, viel weiter.

Der verkehrteste Vießfräb. Man schreibt uns: Zu den sprachlichen Mißverständnissen, von denen in Nr. 30 der „Heimwelt“ und in Nr. 179 des „Vorwärts“ die Rede war, gehört auch die Bezeichnung „Vießfräb“. Das so benannte morderartige Raubtier mit dem schönen Pelzwerke ist im Norden heimisch und heißt in Schweden Fjellfräb, d. h. Fjellentier. Alte deutsche Naturforscher verstanden dies nicht, brachten es mit „Fressen“ in Verbindung und gaben dem Tiere den lateinischen Namen Gulo („Schlemmer“), wußten auch ungeheuerliches über seine Fress- und Morbthust, vor der weder Tiere noch Menschen sicher sein sollten, zu berichten. Dem ent sprachen denn auch die grauen Abbildungen in alten Naturgeschichten. Noch in unseren Tagen las man in Kinderbüchern den schönen Reim:

Vießfräb nennt man dieses Tier,
Wean seiner Fressbegier.

Run, einen gesunden Appetit pflegt der Biessraß tatsächlich zu entwickeln, er ist aber doch viel besser als sein Ruf.

Erkennführungen der Woche. Mittw. Residenz-Theater
"Trammius". Sonn. Freie Volkshäuser: "Nebel".

Leo Stein, der Verfasser zahlreicher Operettentexte, ist letzte Nacht nach längerem, schwerem Leiden im 59. Lebensjahre gestorben.

Volkshochschule Groß-Berlin. Professor **Dr. Diez**, Professor für Botanik an der Universität Berlin, tritt zum Herbst als Abteilungsvorsteher in die Leitung der Volkshochschule ein. Er wird die wissenschaftliche Organisation der biologischen Fachgruppe übernehmen und sich daneben auch als Dozent betätigen.

Das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, das von den Professoren E. H. Gierke, F. J. Neumann, W. R. Müller und A. L. Heiser in Wien im Verlage von Gustav Fischer in Jena herausgegeben wird, erscheint jetzt in vierter, gänzlich umarbeiteter Auflage. Das Werk wie wieder in 8 Bände eingeteilt. Die Ausgabe erfolgt zunächst in Lieferungen zum Preise von je M. 15.—. Mit etwa 100 Lieferungen wird es einschließlich Register vollständig sein. Ende des Jahres 1923 soll die 4. Auflage fertig vorliegen. Die 1. Lieferung ist schon herausgekommen.

„nicht gesehen“ werden. Ueberhaupt ist das Verhalten dieser Dienststelle äußerst eigentümlich; während sie die Ankündigung pazifistischer Demonstrationen unterjocht, beurlaubte Oberst Lange am Beerbigungstage der Kaiserin, der sich bekanntlich zu einer großen nationalpolitischen Demonstration auswuchs, vier Hundert der gesamten Beamten, so daß die Belegschaft in einer den Dienstgang gefährdenden Weise schwach belegt war. Reichsminister des Innern ist Genosse Dr. Gradnauer; wir erwarten, daß er die ihm unterstellten widerwilligen Offiziere mit dem nötigen Nachdruck auf ihre Befugnisse hinweist.

Der Schlossergeselle als Landrat.

Eine ungewollte Selbstkritik der deutschen Spießertums liefert der „Berl. Lokalanzeiger“, indem er die totale Unmöglichkeit „roter Landräte“ folgendermaßen beweist:

Wer unsere Bauern kennt, weiß, daß sich ein solcher Landrat nie bei ihnen in Respekt zu setzen vermag, und die braven Gendarmen werden oft genug hinter ihrem hohen Chef herlaufen. Noch abweichender steht dem roten Landrat die eigentliche bürgerliche Gesellschaft in den Städten gegenüber, und gar erst die sog. Honorationen im Kreise, die anderen Staatsbeamten, Richtern, Geistlichen usw. Gesellschaftliche Stellung mit ihnen zu erlangen wird ihm unmöglich sein. Gesellschaftlich ist er ausschließlich auf seine eigentlichen Genossen angewiesen, mit denen er auch früher nur verkehrt hat. Kurz, es wird ihm an der schon bemernten unerlässlichen Vorbedingung für eine gesicherte Position, an dem nötigen Ansehen im Kreise durchaus fehlen. Auch die Demokraten (!) wollen mit derartigen Landräten nichts zu tun haben. Als unlangst von ihnen in einem mir sehr wohl bekannten Kreise, welcher heute die Ehre hat, von einem Schlossergesellen regiert zu werden, eine Parteiversammlung abgehalten wurde und in dieser ein Redner den Landrat S. erwähnte, wurde er von dem Vorstehenden mit der Bemerkung unterbrochen, für sie sei ein Landrat S. nicht vorhanden, sondern höchstens ein Herr S. . . . Der Geschäftsumfang der Landratsämter hatte sich allmählich so erweitert, daß man sie nur mit sachmännisch gebildeten Beamten besetzen konnte. Und da sollte jetzt ein simpler Handwerker genügen, der „seine ganze Bildung der Lektüre des „Vorwärts“ oder ähnlicher Parteiblätter verdankt“?

Diese Schilderung ist glänzend, sie fließt sich geradezu wie ein Kapitel aus einem klassischen deutschen Kleinstdroman. Es fehlt nur die Gegenfigur: z. B. ein anderer Schlossergeselle, der sich weniger um das öffentliche Wohl bekümmert, sondern erfolgreich unter die Schieber gegangen wäre. Wie schnell würde sich dieser Herr den Respekt der Richter, Geistlichen und sogar der „Demokraten“ erwerben, alsbald wäre er „unser hochgeschätzter Mitbürger“ und wenn er etwas Geld für die deutsche nationale Parteifläche spendierte, „unser Reichstagsabgeordneter“, ein schlichter Mann aus der Werkstatt, der sich durch eigene Kraft emporgearbeitet hat. — Über freilich, ein Schlossergeselle, der es nicht einmal zu Geld gebracht hat, und obendrein ein Sozialdemokrat, da heißt es verächtlich: „ein simpler Handwerker!“ Er ist gesellschaftlich unmöglich, und damit abgetan, erledigt, tot!

Man sieht sie förmlich vorüberziehen, den Herrn Richter, den Herrn Geistlichen, den Herrn Vorstehenden der demokratischen Versammlung, fleischgewordene Wipplattfiguren — Symbole der Dummheit, an der das alte Deutschland zugrundegegangen ist, auf die das alte Deutschland aber immer noch hofft, weil sie unsterblich ist. Man sieht sie in ihrer Honoratiorentracht sitzen, in die der rote Landrat nicht eintrifft und an deren Wand schwarz und rot auf weißem Grunde der Spruch prangt: „Einstens wird am deutschen Wesen noch die ganze Welt genesen.“ — Wo es doch viel richtiger heißen müßte: „Einstens löst an den Chinesen noch die ganze Welt verwesen!“

Der gefälschte Ged-Brief.

Das Mannheimer Schöffengericht unter dem Vorsitz des Herrn Oberamtsrichters Schmitt hat am Mittwoch den verurteilten Nachkommen ein Ziel gesetzt, denen unser Reichstagsabgeordneter Genosse Oskar Ged seit etwa einem halben Jahre durch den Herausgeber des „Revolutionär“, Moritz Lederer, ausgeföhrt war. Die Privatbefeldigungsklage, die Ged, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hirschler, vor circa drei Monaten gegen Lederer angestrengt hatte wegen Veröffentlichung eines gefälschten Briefes mit der Unterschrift Geds, führte zur Verurteilung Lederers zu drei Wochen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten, einschließlich der des Privatklägers.

Das Gericht stellte in der Begründung dieses Urteils ausdrücklich fest, daß Ged mit dem Brief des „Revolutionär“ nicht das mindeste zu tun hatte, und ließ durchblicken, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Lederer selbst als der Verfasser der Fälschung angesehen werden könne. Das Vorgehen Lederers gegen Ged wurde als ein hinterhältiger, niedriger und gewissloser Angriff eines jungen Mannes gegen die Ehre eines im Kampfe ergrauten, geachteten Politikers bezeichnet und ausdrücklich festgestellt, daß der „Salom-Kommunist“ Lederer dabei wider besseres Wissen, also bewußt verleumderisch gehandelt habe. Nur dem Umstande, daß Lederer dabei unter dem Einfluß einer durch krankhaften Ehrgeiz verurteilten „Verblendung“ gestanden, habe er es zu verdanken, daß die Freiheitsstrafe nicht noch höher ausfiel.

Die mündliche Urteilsbegründung, die circa eine Viertelstunde dauerte, war eine einzige vernichtende Anklage gegen das gewissen- und schamlose Treiben Lederers. Herr Dr. Paul Leol, der bekannte Kommunistenführer, war aus Frankfurt a. M. vergeblich zur Rettung der Ehre seines Bestimmungsfreundes herbeigekommen.

Die Entscheidung über West-Ungarn.

Wien, 30. Juli. (WZ.) Die Vorkonferenz-Konferenz hat der österreichischen Regierung mitgeteilt, daß die erste Verhandlung wegen der Uebergabe Westungarns am 6. August in Didenburg stattfindet.

Schwedische Schiffverkäufe an Deutschland. „Europa-Brief“ meldet aus Stockholm, daß ungefähr 10 Proz. der ganzen schwedischen Handelsflotte an Deutschland verkauft worden sind.

England und die Neuwahlen. Im englischen Oberhaus erregte die Erklärung des Lordkanzlers, man denke an Neuwahlen, wenn sich im Unterhaus Schwierigkeiten in der inneren Frage ergeben sollten, großes Aufsehen.

Die nächste Zusammenkunft der Baltischen Staaten wird, wie der finnische Außenminister erklärt, in Warschau stattfinden. Das Verhältnis zwischen Polen und dem Baltikum war bisher nicht ohne Reibungen. In Warschau werden aber wahrscheinlich die Streitfragen besprochen werden.

Groß-Berlin

„Weitzkonzerne“ und „Sportbanken“.

Die unbekannte Kapitalertragssteuer.

Bei den geistigen Durchsichtungen in den Geschäftsräumen der neugegründeten „Sportbanken“ und „Weitzkonzerne“, die, wie wir mitteilen, von Beamten des Finanzamtes mit Unterstützung von Beamten der Bucherabteilung des Polizeipräsidenten vorgenommen wurden, sind, wie wir weiter erfahren, nicht nur Bücher und Schriftstücke, sondern auch erhebliche Barbeiträge beschlagnahmt worden, die sich auf circa zwölf Millionen Mark belaufen sollen. Die beschlagnahmten Gelder sind zunächst zur Deckung der bisher nicht gezahlten Kapitalertragssteuern sicher gestellt.

Ueber die Vorgänge bei dem Sportkonzern Mag Kante u. Co., G. m. b. H., in der Großen Frankfurter Straße Nr. 121 erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Die Geschäftsräume der „Sportbank“ liegen, wie mitgeteilt, im ersten Stockwerk über dem „Café des Kante-Sportkonzerns“. Sie sind über eine neben dem Kasse liegende Treppe zu erreichen. Die Tür hat an der Außenseite eine Kante, so daß sie jeder öffnen kann. Hat er diese dann aber hinter sich zugeschlagen, so kann er denselben Rückweg nicht wieder antreten, da diese Tür an der Innenseite keinen Griff hat, also von innen nicht zu öffnen ist. Wenn nun der Besucher seinen Gewinn eingestrichen hat, so verläßt er die „Bank“ durch eine große Freitreppe, die in das darunterliegende Café führt. Dort aber herrscht ständig Hochbetrieb und „Stimmung“. Es ist selten unter den „angehenden Kapitalisten“, die so schnell und mühelos ihr Geld „verdienen“ einer, der nicht an der allgemeinen Lustigkeit teilnimmt und zunächst einen Teil des Gewinnes dort in Alkohol umsetzt. Die Besucher der Bank und auch des Cafés setzen sich an allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Für alle diese leichtgläubigen Leute, die sich durch die bisherigen Auszahlungen sicher fühlen, ist natürlich Herr Kante der Abgott. Wenn er im Auto

Genossinnen! Frauen! Mütter!

Uns ruft der Tag zum Bekenntnis eines heiligen Willens:

Nie wieder Krieg!

Unmensliches hat die Menschheit durch den Krieg gestiftet; tausendmal haben wir ihn und unsere Ohnmacht verflucht. Nun laßt uns zeigen, daß aus all dem furchtbaren Erleben der klare Wille zum Frieden erwachsen ist.

Auf uns kommt es an, denn was wir wollen, wird in unseren Kindern zur Tat.

„Mütter!“ schrien die Knaben in der Hölle von Tpern in ihrer letzten Not. Ihre Mütter, Ihr Frauen, Ihr Mädchen, denen ein letztes verzweifelter Sehnen galt, nehmt es als das letzte Vermächtnis:

Nie wieder Krieg!

Habt Zeit! Stellt das große Ziel über die Arbeit der Stunde. Denkt daran, daß der Krieg uns fast 4 1/2 Jahre unseres Lebens verschlingt.

Dient dem Frieden; arbeitet an der Völkerverständigung. Zeigt, daß die Frauen eine Macht gegen den Krieg sind, wenn sie es wollen.

vorfährt und in das Café tritt, wird er von allen, die ihn kennen, mit Jubel empfangen. Die Hauskapelle bläst einen Tusch und stimmt dann die Melodie „Schiebermag ist da“ an, in die die Kaffeehausbesucher mit der Variation: „Alles schreit hurra, Kante-Mag ist da!“ einstimmen. Eine ebenso bekannte Erscheinung ist Herr Kante auf den Rennbahnen. Wenn er im Automobil nach Korfshorst oder der Grünwaldbahn hinausfährt, so wird er stets von zwei Detektivs zu seiner eigenen Sicherheit begleitet, da er doch über ungeheure Geldmittel verfügt, die er infolge seiner todsicheren Tipps dort für seine Kundschaft anlegt. — Herr Kante, der über die Entrichtung der Kapitalertragssteuer vernommen wurde, gab dabei zu, bereits 30 Millionen Mark Gewinne ausgezahlt zu haben, ohne von diesen Beträgen die Steuer abzugeben und abzuführen. Wie er angibt, hat er nicht gewußt, daß diese Abzüge zu machen sind. Zur Deckung dieser Steuerforderung hat er sein Postcheckkonto, das sich auf über 10 Millionen Mark beläuft, zur Verfügung gestellt.

Nie wieder Krieg.

Zur großen Friedensdemonstration im Lustgarten.

Für die am kommenden Sonntag stattfindende Friedenskundgebung „Nie wieder Krieg!“ hat sich die Zahl der einberufenen Organisationen auf 26 erhöht, so daß mit einem Massenaufgebot von Teilnehmern zu rechnen ist. Von der Aktionsleitung ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein umfangreicher Apparat aufgestellt worden. Auf 14 an der Peripherie Berlins gelegenen Hauptversammlungsplätzen werden sich die zum Lustgarten marschierenden Züge formieren. Im Lustgarten, auf dem Schloßplatz und vor dem Volkspark werden die Redner des Tages von 15 Stellen aus sprechen. Professor Einstein, der zur Teilnahme an der Kundgebung eingeladen war, wegen seiner Abwesenheit von Berlin aber am Erscheinen verhindert ist, sandte ein Sympathie-Telegramm. Die Gattin des Gelehrten hat sich im Interesse der Sache bereit erklärt, die Leitung des Verkaufs der für die Kundgebung herausgegebenen pazifistischen Propagandaschrift auf dem Demonstrationsplatz zu übernehmen.

Das Interesse des Auslandes

an der Friedenskundgebung wird durch die Tatsache dokumentiert, daß fast alle Vertreter ausländischer Blätter sich bei der Leitung der Veranstaltung angemeldet haben. Das Londoner Friedenskomitee und das „National Peace Council“ haben telegraphisch ihre Sympathie ausgedrückt. Das Telegramm des letzteren schließt mit den Worten: „Wir sind Kameraden in der Aufgabe, den Krieg zu überwinden und eine Welt von Freiheit, Verständigung und Zusammenarbeit zu errichten.“

Wie wir hören, hat sich Wilhelm Dieterle vom Deutschen Theater und Ernst Friedrich, der Leiter der Arbeiterkunstausstellung, bereit erklärt, im Verlauf der Kundgebung pazifistische Verse zu sprechen. Dieterle spielt bekanntlich in Hauptmanns „Webern“ im Großen Schauspielhaus den Moritz Jäger und reißt durch die Kraft seiner Darstellung allabendlich Tausende zu brausendem Beifall hin.

Zu den SPD-Rednern gehört auch Genosse Barfanti, der für die Reichsvereinsleitung ehemaliger Kriegsgefangener sprechen wird.

Von Karl Betzer ist zu Ehren des Tages ein einseitiges Blatt: „Nie wieder Krieg!“ herausgegeben worden, das dem Akademiker Alfred H. Fried, des bekannten großen Friedensvorkämpfers, gewidmet ist und eine Anzahl beachtenswerter Beiträge von Hans Gathmann, Armin L. Wegner, Hennig Duderstedt, Karl von Ossietzky, Karl Betzer u. a. enthält. Von Henri Barbusse stammt ein Beitrag: Die Idee des Vaterlandes.

Wohnungsbrecher machten in der Leibnitzstraße zu Charlottenburg reiche Beute. Sie nahen dort bei dem Kaufmann Baer im Hause Nr. 45 einen Herren-Kerzpelz, einen Damen-Berlinerpelz, Bett-, Tisch- und Bekleidungsstücke im Werte von 120 000 M. Zweidienstliche Mittelungen zur Klärung dieses Anbruchs sind an die Dienststelle B I, 1 des Berliner Polizeipräsidenten zu richten.

Eine Schlägerei mit tödlichem Ausgang entpand sich gestern nachmittag um 5 Uhr vor dem Hause Wilhelmstraße 9. Dort gerieten der 40 Jahre alte Schriftfeger Otto Koblenz und der Galvanoplastiker Meierding in einen Streit, der in Tötlichkeiten ausartete. Koblenz starb bald darauf auf dem Belle-Alliance-Platz, wohin er sich begeben hatte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein Magistratsbriefkasten für die Bevölkerung des Nordens ist auf Beschluß des Bezirksamtes Wedding im Hause des Bediensteten, Schönstedtstr. 1, angebracht. Briefe, die an den Magistrat gerichtet sind, können hier eingeworfen werden. Das Bezirksamt wird diese Briefe umgehend befördern. Die Bevölkerung spart durch diese Einrichtung das kostspielige Porto.

Die städtische Wälderholungsstätte Königsheide wird, wie im Vorjahre, gegen Ende September für den Besuch geschlossen. Allen Erholungsbedürftigen weiblichen Personen bietet sich daher jetzt Gelegenheit, durch einen mehrwöchigen Besuch die erschöpften Nerven wieder aufzurichten und neue Kräfte zu sammeln. Aufnahme finden außerdem Kinder beiderlei Geschlechts bis zu 13 Jahren zu einem täglichen Verpflegungssatz von 4 M. Erwachsene zahlen 5,50 M. Von Bahnhof Baumgartenweg, der auch mit den Straßenbahnlinien 85 und 84 zu erreichen ist, führt ein Fußweg in 20 Minuten zur Erholungsstätte. Das Bureau Kautzsch, Richardstr. 116, Quergebäude I, nimmt Anmeldungen werktäglich von 9—1 Uhr entgegen.

Der Ausschuss für Heimstätten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die beiden Häuser des Hospitals Buch, in welchen seit Anfang 1918 120 lungenkranke Frauen verpflegt wurden, für unaufschubbare Bedürfnisse der Hospitalverwaltung freizugeben, die für zahlreiche sehr aufnahmebedürftige Anwärter keine Unterkunft mehr hat. Zur Durchführung dieses Beschlusses ist angeordnet worden, daß die Frauen in die Männerheimstätten im Buch verlegt werden, deren Insassen gleichzeitig in geeigneten Privatanstalten Unterkunft finden und weiterhin finden werden. Es ist beabsichtigt, so schnell wie möglich wieder eine Gemeindevorstellung lungenkranter Männer zu schaffen. Die geeigneten Schritte zu diesem Ziel sind bereits geschehen.

Das Wetter für morgen.

Nachts kühl, am Montag wieder etwas wärmer, viel Regen, aber veränderlich, mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften, südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Treffpunkte zur Demonstration „Nie wieder Krieg!“.

1. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, Lutherische.
2. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 2.
3. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 3.
4. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 4.
5. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 5.
6. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 6.
7. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 7.
8. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 8.
9. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 9.
10. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 10.
11. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 11.
12. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 12.
13. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 13.
14. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 14.
15. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 15.
16. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 16.
17. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 17.
18. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 18.
19. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 19.
20. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 20.
21. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 21.
22. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 22.
23. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 23.
24. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 24.
25. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 25.
26. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 26.

Jugendveranstaltungen.

Treffpunkte zur Demonstration am 31. Juli 1921.

1. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 1.
2. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 2.
3. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 3.
4. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 4.
5. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 5.
6. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 6.
7. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 7.
8. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 8.
9. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 9.
10. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 10.
11. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 11.
12. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 12.
13. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 13.
14. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 14.
15. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 15.
16. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 16.
17. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 17.
18. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 18.
19. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 19.
20. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 20.
21. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 21.
22. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 22.
23. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 23.
24. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 24.
25. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 25.
26. Abt. 8 1/2 Uhr am Dammplatz, 26.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Bund religiöser Sozialisten, Abteilung Neukölln beteiligt sich am kommenden Sonntag an der Friedensdemonstration in Berlin. Die Mitglieder treffen sich bis 10 Uhr vormittags am Circus Busch und sammeln sich im Lustgarten um ihren Redner Pastor Siegel.

Sport.

- Trabrennen zu Kiebitzen.** Freitag, den 29. Juli. 1. Rennen. 1. Architekt (H. Grube), 2. Matador I (G. Treuberg), 3. Ballan I (Gnag Richterfeld), Tot: 16:10, Platz: 10, 11:10. 2. Rennen: Dr. Koller (4), Armstrong I, Erster Lohndrager, Erste Lohndragerin, Vollung — 2. Rennen. 1. Zent H. (G. Eder), 2. Kelpet (H. Steinmeyer), 3. Pol-latal (H. Eder), Tot: 69:10, Platz: 20, 17:20. 3. Rennen: Obfuss (4), U. 2, Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 14. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 15. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 15. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 16. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 16. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 17. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 17. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 18. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 18. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 19. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 19. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 20. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 20. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 21. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 21. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 22. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 22. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 23. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 23. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 24. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 24. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 25. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 25. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10. 26. Rennen: Obfuss (4), 2. Bohn, Friedeberte I, Doppelgänger, — 3. Rennen. 26. Kurel (H. Steinmeyer), 14. Quisabel (H. Grogmann), 3. Rudmil I (G. Lautenberger), Tot: 18:10, Platz: 11:10.

Arbeiter-sport.

Freie Turnerschaft Charlottenburg, Fußball-Abteilung. Am morgigen Sonntag, abends 6 Uhr, finden sich die 1. Mannschaft obiger Abteilung und die der Freien Turnerschaft Wilmersdorf gegenüber, beides Spielstätte Wilmersdorf, die alles daran setzen werden, den Sieg an ihre Farben zu heften und zu beweisen, daß auch in Arbeitervereinen guter Sport geübt wird. Der Besuch des Spiels ist sehr zu empfehlen. Vorher treffen sich die beiderseitigen 2. Mannschaften gegenüber. Der Spielplatz befindet sich Reptierstr. 29, nahe Bahnhof Jungfernheide.

Theater der Woche.

Vom 31. Juli bis 7. August.

- Volksbühne:** 31. Der Kaiserjäger. 1. Die Fledermaus. 2. u. 3. Caserio rührend. 4. u. 5. Die Fledermaus. 6. Die Fledermaus. 7. Die Fledermaus. 8. Die Fledermaus. 9. Die Fledermaus. 10. Die Fledermaus. 11. Die Fledermaus. 12. Die Fledermaus. 13. Die Fledermaus. 14. Die Fledermaus. 15. Die Fledermaus. 16. Die Fledermaus. 17. Die Fledermaus. 18. Die Fledermaus. 19. Die Fledermaus. 20. Die Fledermaus. 21. Die Fledermaus. 22. Die Fledermaus. 23. Die Fledermaus. 24. Die Fledermaus. 25. Die Fledermaus. 26. Die Fledermaus. 27. Die Fledermaus. 28. Die Fledermaus. 29. Die Fledermaus. 30. Die Fledermaus. 31. Die Fledermaus. 32. Die Fledermaus. 33. Die Fledermaus. 34. Die Fledermaus. 35. Die Fledermaus. 36. Die Fledermaus. 37. Die Fledermaus. 38. Die Fledermaus. 39. Die Fledermaus. 40. Die Fledermaus. 41. Die Fledermaus. 42. Die Fledermaus. 43. Die Fledermaus. 44. Die Fledermaus. 45. Die Fledermaus. 46. Die Fledermaus. 47. Die Fledermaus. 48. Die Fledermaus. 49. Die Fledermaus. 50. Die Fledermaus. 51. Die Fledermaus. 52. Die Fledermaus. 53. Die Fledermaus. 54. Die Fledermaus. 55. Die Fledermaus. 56. Die Fledermaus. 57. Die Fledermaus. 58. Die Fledermaus. 59. Die Fledermaus. 60. Die Fledermaus. 61. Die Fledermaus. 62. Die Fledermaus. 63. Die Fledermaus. 64. Die Fledermaus. 65. Die Fledermaus. 66. Die Fledermaus. 67. Die Fledermaus. 68. Die Fledermaus. 69. Die Fledermaus. 70. Die Fledermaus. 71. Die Fledermaus. 72. Die Fledermaus. 73. Die Fledermaus. 74. Die Fledermaus. 75. Die Fledermaus. 76. Die Fledermaus. 77. Die Fledermaus. 78. Die Fledermaus. 79. Die Fledermaus. 80. Die Fledermaus. 81. Die Fledermaus. 82. Die Fledermaus. 83. Die Fledermaus. 84. Die Fledermaus. 85. Die Fledermaus. 86. Die Fledermaus. 87. Die Fledermaus. 88. Die Fledermaus. 89. Die Fledermaus. 90. Die Fledermaus. 91. Die Fledermaus. 92. Die Fledermaus. 93. Die Fledermaus. 94. Die Fledermaus. 95. Die Fledermaus. 96. Die Fledermaus. 97. Die Fledermaus. 98. Die Fledermaus. 99. Die Fledermaus. 100. Die Fledermaus.

Gewerkschaftsbewegung

Ueberstunden in der Metallindustrie.

Aus den Reihen der Berliner Arbeiter erhalten wir folgende Zuschrift:

Am Tarifvertrag für die in der Berliner Metallindustrie beschäftigten gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen vom 4. Mai 1921 heißt es unter A II Arbeitszeit:

„Für Ueberstunden und gelegentliche Arbeiten an Sonn- und Feiertagen bedarf es einer Vereinbarung mit dem Arbeitgeber, jedoch können Ueberstunden sowie Arbeiten an Sonn- und Feiertagen angeordnet werden, wenn sie ausnahmsweise zur Aufrechterhaltung des regelmäßigen Betriebes oder zur Verhinderung der Unterbrechung eines Arbeitsprozesses notwendig sind.“

Leider können manche Kollegen diesen Absatz trotz seiner Klarheit nicht fassen. Deshalb muß deutlich gesagt werden: Organisierte Kollegen sollen namentlich in dieser Zeit der großen Arbeitslosigkeit keine Ueberstunden machen oder gelegentliche Arbeiten an Sonn- und Feiertagen verrichten; sie sollen sich stets darauf berufen, daß sie dazu nicht verpflichtet sind, weil dazu eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber gehört. Daß die Arbeitgeber eine derartige Vereinbarung in der heutigen Zeit nicht zustimmen dürfen, ist wohl selbstverständlich. Aber auch wenn es sich ausnahmsweise nicht umgehen läßt, zur Aufrechterhaltung des regelmäßigen Betriebes, kann nicht der Unternehmer allein bestimmen, daß eine Ausnahme vorliegt, sondern auch in diesem Falle muß darüber Uebereinstimmung bestehen zwischen Betriebsleitung und Arbeitervertretung, daß wirklich eine Ausnahme vorliegt. Aus diesem Grunde sind alle Kollegen verpflichtet, falls sie von der Betriebsleitung angehalten werden, Ueberstunden zu machen, darauf aufmerksam zu machen, daß sie erst mit ihrem Arbeiterrat Rücksprache nehmen müssen. Als geradezu unverzeßlich ist es zu bezeichnen, wenn es auch in dieser Zeit noch Arbeiter gibt, die sich freiwillig dazu bereit erklären, Ueberstunden zu leisten, eventuell sogar noch dem Arbeiterrat davon keine Mitteilung machen.

Über nicht nur in den Betrieben, die unter dem Tarifvertrag fallen, sondern auch in anderen Betrieben, die anderen Tarifverträgen unterliegen, kommt es in der letzten Zeit vor, daß Ueberstunden geleistet werden, ohne daß dazu die Arbeiter nach dem Tarifvertrag verpflichtet sind, sondern auf Grund freiwilliger Anbieten gibt es noch Kollegen, die diese Ueberstunden machen wollen. Das ist allerdings nicht zu verstehen und als Schädigung des Gesamtinteresses der Arbeiterklasse zu verurteilen.

Wir bitten daher, daß alle Kollegen diesem Ueberstunden-Unwesen auf das schärfste entgegenzutreten und alle diejenigen energisch zurückweisen, die nachweisen wollen, daß sie ja „leider nach dem Tarifvertrag zu den Ueberstunden verpflichtet“ seien. Sagt allen denjenigen, die sich darauf berufen, daß das faule Ausreden sind und kein einziger dazu verpflichtet ist.“

Zum Streik im Kartoffelgroßhandel.

Die Verhandlungen am Freitag abend, zwischen dem Arbeitgeberverband des Kartoffel-Großhandels und den Vertretern der streikenden Kartoffelkäufer und Arbeiter, sind ergebnislos verlaufen, da die Streikenden auf einem Mindestlohn von 300 Mark beharren, während die Arbeitgeber nur 225 Mark zahlen wollen. Eine endgültige Klärung dürfte voraussichtlich erst zu Beginn der nächsten Woche erzielt werden, da beide Parteien bis dahin Beschlässe über die gestrigen Angebote fassen werden.

Die Klavierarbeiter zur Lohnfrage.

Eine stark besuchte Versammlung der Klavierarbeiter tagte am Freitag im „Reichenberger Hof“, um zur schwebenden Lohnfrage Stellung zu nehmen. Der Branchenleiter Dorn berichtete über die bisher mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen dahin, daß die Forderung einer mindestens 15prozentigen Lohnerhöhung von diesen schriftlich abgelehnt worden ist. Als Begründung wird in dem Schreiben angeführt, daß die Verhältnisse in der Lebenshaltung zurzeit eine Lohnerhöhung nicht rechtfertigen könnten. Die Unternehmervereinsung sei aber bereit, in eine Verlängerung des bestehenden Lohnniveaus auf einen Monat zu willigen. — Hierauf habe der Vorstand schriftlich eine Verlängerung des Lohnniveaus abgelehnt und andererseits um eine noch höhere Prüfung der geforderten Lohnerhöhung ersucht. Die Antwort siehe noch aus.

Es frage sich nun, welche Stellung die Kollegenchaft hierzu annehmen wolle. Soweit sich die Situation übersehen läßt, machen sich Zeichen einer Besserung in der Klavierindustrie bemerkbar, in einzelnen Betrieben herrsche aber noch Kurzarbeit. Der Hauptvorstand habe einem eventuellen Streik zugestimmt.

An der sich dem Bericht anschließenden Aussprache war die Stimmung entschieden dafür, nötigenfalls den Kampf für die dringende erforderliche Lohnerhöhung mit allen Mitteln aufzunehmen. Man hofft aber noch, daß sich bei den Unternehmern die Erkenntnis durchziehe, es liege auch in ihrem Interesse, durch die Gewährung der beschiedenen Zulage dem Kampf vorzubeugen. — Der Vorschlag, bei allen Unternehmern, die sich ablehnend verhalten, sofort den Streik zu erklären, fand allgemeine Billigung. Doch dürfte nicht planlos und ohne vorherige Zustimmung der Betriebskollegen zur Anwendung des letzten Mittels geschritten werden. Vor Eintritt in den Streik müsse die Meldung im Verbandsbureau erfolgen. Wenn in dieser Weise vorgegangen werde, dürfte der Erfolg nicht ausbleiben.

Bojkottierte Schokolade!

Die Aktiengesellschaft Peter, Cailler, Kohler, Schweizerische Schokoladen in Bexen, ist ein großes kapitalistisches Unternehmen mit einem Betriebskapital von ungefähr 30 Millionen Franken. Sie besitzt Fabriken in Broc, Hochdorf und Orbe (Schweiz),

Genève (Schweiz), Paris und Pontarlier (Frankreich) und London. Diese Gesellschaft macht Gewinne, die jährlich Millionen betragen. Hinter ihr steht eine noch mächtigere kapitalistische Firma, die Nestlé Anglo Swiss condensed Milk Co. Die Schokolade Nestlé wird in der Fabrik von Peter, Cailler, Kohler in Orbe hergestellt.

Die enormen Gewinne dieser Firma resultieren aus der raffinierten Ausbeutung sowohl der Arbeiter als der Konsumenten.

Die Arbeiterchaft der Firma Peter, Cailler, Kohler versuchte wiederholt, sich zu organisieren, um in diesen Fabriken demokratischere Betriebsmethoden einzuführen und einen etwas größeren Anteil am Ertrag ihrer Arbeit zu erreichen.

Durch List oder durch Gewalt gelang es der Firma immer wieder, die Organisation zu zerstören.

Anfang 1920 traten über 800 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter bei. Die Firma Peter, Cailler und Kohler versprach absolute Neutralität zu wahren. Doch unter dem Vorwand des schlechten Geschäftsganges entließ sie im Januar 1921 innerhalb 24 Stunden die tätigen Mitglieder der Gewerkschaft, die schon viele Jahre in ihrem Dienste standen. Den Entlassenen wurde für zwei Monate der Lohn ausbezahlt. Die Entlassenen protestierten energisch gegen die Entlassungen.

Der Schweizer Gewerkschaftsbund verlangte wiederholt die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine Delegation der Gemeindebehörden von Orbe begab sich nach Bexen (Sitz der Firma), auch das Schweizerische Arbeitsamt intervenierte, aber alles war umsonst.

Die Firma verweigerte kategorisch die Wiedereinstellung der Entlassenen, was übrigens in einem Betrieb mit nahezu 1000 Beschäftigten leicht gewesen wäre.

Der Schweizer Gewerkschaftsbund stellte hierauf folgende Forderungen: Wiedereinstellung der Entlassenen auf späteren Termin, Gewährleistung der Koalitionsfreiheit, keine Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zu der Organisation und eine Erklärung, daß die Firma zu Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterchaft bereit sei.

Auch hier weigerte sich die Firma, diese Forderungen anzunehmen. Sie will weder die Organisation anerkennen, noch will sie mit ihr unterhandeln.

Die Allein herrschaft soll auch zukünftig in ihren Betrieben herrschen, ist sie doch das einzige Mittel, die Ausbeutung zu sichern, die die schönen Millionen einträgt.

Organisierte Arbeiter und Konsumenten! Auf den Boykott dieser Firma gegen die organisierten Arbeiter antwortet mit dem internationalen Boykott gegen ihre Produkte!

Der Schweizer Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam haben sich davon überzeugen müssen, daß nur durch einen rücksichtslosen Boykottkampf der Starbann der Firma gebrochen werden kann. Diese Verbände zählen auf eure Solidarität! Heute sollen nicht mehr ein paar Kapitalisten über Tausende von Arbeitern gebieten können. Der Machtsozialismus der Kapitalisten stellt die Macht eurer Solidarität entgegen! Hoch lebe die internationale Solidarität der organisierten Arbeiter und Konsumenten!

Mit Genossengruß!

Die Internationale Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genusmittelindustrie.

Entschädigung für die Angestellten der Reichs-Gesetzbefle. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt, für die durch Einführung des Umlagerungsverfahrens in Getreide, in kurzen Zwischenräumen zur Entlassung kommenden 3000 Angestellten der Reichs-Gesetzbefle, eine Abfindung zu erwirken und daß hierüber bereits Verhandlungen mit dem Finanzministerium schweben.

Wir halten es nur für recht und billig, daß es diesen Angestellten ermöglicht wird, ihren Lebensunterhalt auch über einige Monate der durch wirtschaftspolitische Maßnahmen herbeigeführten Stellunglosigkeit hinaus zu fristen.

Wie wir hören, wird demnächst eine Kabinettsitzung über diese soziale Fragen stattfinden, bei welcher auch die Resolution des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats, die im gleichen Sinne lautet, ausgearbeitet sein dürfte.

Der Landarbeiterstreik in der Amtshauptmannschaft Leipzig geht weiter. Die vom Demobilisationskommissar einberufenen Einigungsverhandlungen wurden als ergebnislos abgebrochen, da die Arbeiter auf ihrer Forderung von 1,50 Mark Zuschlag pro Stunde beharren, der Arbeitgeberverband aber noch wie vor die Forderungen der Arbeiter ablehnt.

In Hamburg streiken die Gasarbeiter. Gestern haben die Schmelze und die Gasarbeiter beim Gaswerk Barmbeck die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter der Werke Tiefstat und Grasse 1000 schlossen sich ihnen an.

Das Elektrizitätswerk in Bremen ruht, weil die Helfer die Arbeit niederlegten.

Wirtschaft

Aufhebung der Abgabefreiheit für Liebesgaben.

Die Aufhebung der Abgabefreiheit für Liebesgaben (Tabakerzeugnisse, Wein, Schaumwein, Spirituosen) vom 1. Juli 1921 ab ist im Inlande und besonders auch im Auslande in großem Umfang bekannt gemacht. Daß trotz alledem hier und da noch ein Paket ohne Kenntnis der Aufhebung der Abgabefreiheit abgeschickt werden kann, ist selbstverständlich. Zur Vermeidung von Härten hat der Reichsminister der Finanzen die Landesfinanzämter durch Verfügung vom 21. Juli 1921 ermächtigt, berechtigten Wünschen auf Abgabefreiheit, z. B. bei außergewöhnlicher Verzögerung des Transportes

zu entsprechen, wenn die Liebesgaben vor dem 1. Juli 1921 aus dem Auslande abgeschickt worden sind. Die Klagen in einigen Zeitungen richten sich nun dagegen, daß ein Zollbeamter gefragt haben soll, der Tabak, dessen Annahme der Empfänger ablehne, werde entweder ins Ausland zurückgeschickt oder verbrannt. Die Zollordnung schreibt vor, daß die Poststücke im Falle der Annahmeverweigerung durch den Warenempfänger an die Postverwaltung zur weiteren Verfügung (Rücksendung usw.) zurückzugeben sind. Die Zollverwaltung hat kein Recht, über die Ware zu verfügen; sie könnte also auch eine Vernichtung der Ware nur vornehmen, wenn der Verfügungsberechtigte etwa einen solchen Antrag stellen sollte. Der Verfügungsberechtigte kann auch z. B. den Antrag stellen zur Ueberweisung der Ware an Barmherzigkeitsanstalten, wenn er auf sein Eigentumsrecht zugunsten der Zollverwaltung bedingungslos verzichtet. Die Klagen in der Presse erkennen vollständig die Rechtslage sowie die Gründe, die zur Aufhebung der Abgabefreiheit für gedachte Waren geführt haben.

Bank für Saar- und Rheinland. Die dieser Tage in Saarbrücken abgehaltene Generalversammlung der Bank für Saar- und Rheinland (Banque de la Sarre et des Pays Rhénans) — einer Gründung der Straßburger Bankfirma Staebling, Valentin u. Cie., Banque d'Alsace-Lorraine sowie der Banque de Mulhouse — genehmigte den Abschluß und beschloß, aus dem Reingewinn in Höhe von 622 923 M. 8 Proz. Dividende zu verteilen.

Interessengemeinschaft Stoda-Werke—Poldihütte. An der Brager Börse verlautet, daß die Interessengemeinschaft zwischen den Stoda-Werken und der Poldihütte einen weiteren Ausbau erfahren werde. Diese Ausgestaltung richtet sich namentlich auf die Beteiligung beider Unternehmen an der Wiederaufbauarbeit in Rußland unter Hinzuziehung französischen Kapitals.

Danzigs Außenhandel. Das Statistische Amt der Freistadt Danzig veröffentlicht zum ersten Male Angaben über den Außenhandel der Freistadt. Sie beziehen sich auf die ersten drei Monate des Jahres 1921 und nur auf den Seeverkehr, während der ziemlich bedeutende Handel auf dem Landwege unberücksichtigt geblieben ist. Danach betrug die Wareneinfuhr nach Danzig in den ersten drei Monaten dieses Jahres 269 238 Tonnen, also durchschnittlich 84 418 Tonnen im Monat. Demgegenüber steht eine Ausfuhr von insgesamt 81 621 Tonnen für den gleichen Zeitraum. Die Einfuhr war also dem Gewicht nach mehr als achtmal so groß wie die Ausfuhr, was besonders für die nach Danzig fahrenden Schiffe von großer Tragweite ist. Die Einfuhr zur See der ersten drei Monate von 1921 umfaßt an erster Stelle Kohlen, Reis, Roggen, Wehl, Weizen und Speisebohnen. Die demgegenüber bescheidene Ausfuhrmenge kam überwiegend aus Polen und verteilte sich in der Hauptsache auf Holz, Zucker und Zement.

Soziales.

Praktische Selbsthilfe.

Den PPR. wird geschrieben: In Neumünster i. H. hatten es die Industriellen ermöglicht, daß, wie die „Kommunale Praxis“ berichtet, im April dieses Jahres mit dem Bau von 212 Kleinwohnungen sofort begonnen werden konnte. Pünktlich mit dem 1. August werden, wie vorgelesen, die Häuser schlüsselfertig sein. Infolge der Kosten, und weil die staatlichen Uebereinstimmungszulagen nicht in erwünschter Höhe heringekommen sind, war es leider nicht möglich, in den Wohnungen Gasanlagen einzurichten. Diesen Mangel haben die im Gewerkschaftsamt vereinigten Vertreter der organisierten Arbeiter durch folgenden Beschluß abgelehnt: „Um zu ermöglichen, daß in den Kleinwohnungsbauten in jeder Wohnung Kochgas und eine Leuchtgasflamme eingerichtet werden kann, erklären wir uns namens der von uns vertretenen Arbeiterchaft bereit, in den ersten vier Wochen des Monats Juli jede Woche einen vollen Stundenlohn zur Verfügung zu stellen. Der Abzug dieses Betrages vom Lohne soll durch die Arbeitgeber geschehen, der Betrag dem Gewerkschaftsamt ausbezahlt und von diesem am Magistrat à fonds perdu überwiesen werden.“ Diefem vorbildlichen Beispiel sind sofort die Beamten und Angestelltenorganisationen gefolgt und dadurch die erforderlichen Kosten im Betrage von 343 000 M. ohne weiteres gesichert.

Aus aller Welt.

Banditenkampf bei Breslau.

Am Donnerstag mieteten der „Schlesischen Zeitung“ zufolge fünf Männer in Breslau ein Automobil für eine Landfahrt. Auf der Rückfahrt nach Breslau verlor einer der Männer seinen Hut. Als der Chauffeur diesen geholt hatte, wurde er nicht mehr in das Auto hineingelassen und zur Herausgabe seiner Papiere gezwungen. Die Insassen wollten nun die Fahrt ohne ihn fortsetzen. Das Auto versagte aber. Hierauf wurde der Chauffeur unter Geldversprechungen aufgefordert, sich an einem geplanten Raubzuge zu beteiligen. Der Chauffeur ging zum Schein darauf ein, erklärte aber, er müsse zunächst sein Reparaturwerkzeug aus der Stadt holen. Unterwegs begegnete er Polizeibeamten, mit denen er zu den Banditen zurückkehrte. Diese schossen auf die herankommenden Beamten, die das Feuer erwiderten, einen Mann töteten und einen anderen verwundeten. Zwei Männer ergaben sich der Polizei, der fünfte entkam.

Zugüberfall in England. Eine Truppe bewaffneter Männer hat in Bihoptown einen Zug zum Stehen gebracht und beraubt. Es fiel ihnen eine größere Summe Geldes in die Hände.

Bericht, für den rechte Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 2.

Zur 2. Klasse am 5. u. 6. Aug. Ziehung
der **Staats-Lotterie**
habe noch Kauflosse vorrätig:
1/4 = 20 M. | 1/2 = 40 M.
1/4 = 40 M. | 1/2 = 80 M.
Voll-Lose für alle Klassen:
1/4 = 80 M. | 1/2 = 160 M.
1/4 = 160 M. | 1/2 = 320 M.
Fr. Müller, Berlin W. 50,
Werderstraße Markt 10.
Postfach-Kto. 81 158.

Zähne von 5 M.
Bratki. Ausführung. 5 Jahre
Garantie. Umarbeitung alt. Gebisse.
an Reparaturen sofort. Geldkroun-
Brücken. Tel. 141. 9-7, Sonnt. 9-1.
nahe Schön-
hauser Tor.
Hempel, Dentist, Linienstr. 220.

Entfettungs-Tabletten
„Kette Sibaja“
das erfolgreichste und einfachste Mittel
gegen Fettflecken.
Ohne Diätzwang.
Gewichtsabnahme bei ausgeglichenem Wohlfinden.
Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 93
an der Charlottenf.

Möbel
zu niedrigen Preisen
bietet an: **W. Reiche**
Kleingewerkschaft.
Schloß. 1695-16765 M.
Spiegel. 1710-18620 M.
Bücher. 1735-17845 M.
Wagen. 875-5880 M.
Räder. 445-2000 M.
Lieferung frei. Bagerung
kostenl. 10jähr. Garantie.
Möbel-Haus Reiche
Berlin, Dönh. 88

Gartenlandparzellen
zur Bewirtschaftung. Kapital-
anlage und Bebauung vor-
züglich geeignet, sehr bequem
erreichbar.
von 55 M. an die □ R.
Auskunft auch Sonntags.
Niederschönhausen, Kaiser-
Wilhelm-Str. 47, am Straßen-
bahnhof Nordend. Amt Mo-
nats 2000.

Zähne 8 M.
Teilzahlung 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plombe
an 3. Zahntechnik m. Einpr. höchst schmerz-
los. Unabr. schlechteste Gebisse. Rep. 50 f.
Zahnarzt Dr. W. 11, Potsdamer Str. 33, Hochb. Sprechz. 9-7.

Stinnes Neu!
und seine
600000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo
Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie
seine ganze ungeheure Macht, seine Be-
teiligungen, Einflüsse und Operationen auf
Grund eines reichen zuverlässigen Materials
kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Kapitän-Kautabak
einmal geprobt — immer gelobt. Feinster Geschmack
stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw.
Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb C. Becker,
Berlin, Lindenberger Str. 22. (Kat. 2004.)

Arbeitskleidung
Hosen
von 45.— bis 225.— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln, Hermannstr. 74-77

Gardinen!
Sonderangebote
und **Gelegenheitskäufe**
in **Resten**
Stores, Bettdecken
Madras- und Künstler-
Gardinen
Spezial-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof

Künstliches Hörsinnen-Institut
„Recipe“ **Adolfstraße 12a**
am Krematorium
behandelt gewissenhaft
Innere und äußere Krankheiten
Sprechz. 141. 9-7, Sonntags 9-1 Uhr. Kulante Zahlungs-
bedingungen. Günstige Fahrgelegenheit.

Korpulenz?
Erkundigen Sie sich über die Erfolge von
Dr. Hoffbauers (ges.)
Entfettungs-Tabletten
Keine Schilddrüse Kein Abführmittel
Ausfuhr. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 213
Leipziger Str. 74 (Dönhoffst.)
Amt Ztr. 7192

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis
behandelt ohne Berufsberatung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin M 5, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11.
Belehr. Brosch. mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heil-
mittel ohne Quacksalber. u. andere Gifte gegen M. 2.— diskret in
versch. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.